

BUND Rheinland-Pfalz Postfach 1565 55005 Mainz

Ministerpräsidentin  
Malu Dreyer

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz  
Postfach 3880  
55028 Mainz

**Landesgeschäftsstelle**

Hindenburgplatz 3  
55118 Mainz  
Telefon 06131 62706-0  
Telefax 06131 62706-66  
Mobil 0174 9971892

sabine.yacoub@bund-rlp.de  
info@bund-rlp.de

www.bund-rlp.de

12. August 2021

**Offener Brief zum Umgang mit den Folgen der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz  
– insbesondere im Ahrtal**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

der BUND Rheinland-Pfalz ist mit seinen Mitgliedern in tiefer Trauer über den Tod und die Verletzungen so vieler Menschen an der Ahr. Wir sind tief bestürzt über die starken Verwüstungen von Siedlungen und weiterer Infrastruktur durch das Fluthochwasser vom 14./15. Juli 2021.

Die **schnelle Wiederherstellung der überlebensnotwendigen Infrastruktur** für die betroffenen Menschen und für die Allgemeinheit hat aktuell die oberste Priorität. Alle verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen des Landes müssen hierfür mobilisiert werden. Wir sind dankbar für die Solidarität der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesländer, die sich in der geplanten Einrichtung des Wiederaufbaufonds zeigt.

Beim Wiederaufbau ist zwar insgesamt Eile geboten, es müssen aber dennoch in den schwer geschädigten Gebieten entlang der Ahr **die Weichen richtig gestellt** werden. Die jetzt offenbar gewordenen Planungsfehler aus der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden. Wir müssen aus ihnen konsequent lernen. Als Gesellschaft sind wir diesen Dienst den Geschädigten und zukünftigen Generationen schuldig!

Konkret bedeutet das, dass nach den akuten Maßnahmen unsere **oberste Priorität darin liegen muss, Resilienz von Natur, Landschaft und Siedlungen zu stärken**. Hochwasserspitzen müssen gekappt werden. Jeder Zentimeter ist wichtig, um Schäden entlang der Flussläufe in Grenzen zu halten. Deshalb müssen bei der **Flächennutzungsplanung und der Bearbeitung des dazugehörigen Landschaftsplans Auenfachleute und Hydrogeolog\*innen mit an den Tisch**. Wir dürfen nicht gegen die Natur arbeiten. Im Gegenteil, nur mit der Natur erreichen wir zukunftsfähige Lösungen. Wir müssen – wo immer möglich – den Auen mit ihren Auwaldbereichen mehr Raum geben, um weiteren Hochwässern mehr Fläche zu geben und die Fließgeschwindigkeiten zu reduzieren. Flächenversiegelung müssen wir soweit wie möglich vermeiden. Überall, wo es möglich ist, müssen Flächen wieder entsiegelt werden.

Geschäftsstelle:  
Hindenburgplatz 3  
55118 Mainz

Spendenkonto:  
Volksbank Alzey-Worms eG  
IBAN DE50 5509 1200 0001559192  
BIC GENODE61AZY  
BLZ 550 912 00  
Konto 1559192

Geschäftskonto:  
Volksbank Alzey-Worms eG  
IBAN DE94 5509 1200 0000063630  
BIC GENODE61AZY  
BLZ 550 912 00  
Konto 63630

Vereinsregister:  
Mainz VR 3220  
Steuernummer:  
26/674/0190/0

Anerkannter Naturschutzverband nach  
§ 3 Abs. 3 UmwRG und § 63 Abs. 2 BNatSchG.  
Denkmalpflegeorganisation nach § 28 DSchG.  
Tierschutzorganisation nach § 2 TierSchLMVG. Spenden  
sind steuerabzugsfähig. Erbschaften u. Vermächtnisse  
an den BUND sind von der Erbschaftssteuer befreit.

Natürlich ist uns bewusst, dass mehr Raum für den Fluss mit den berechtigten Interessen konkurriert, beschädigte Wohn- und Gewerbegebäude wiederherzustellen. Hier muss Betroffenen die Möglichkeit gegeben werden, in gefahrlose bzw. weniger gefährdete Bereiche auszuweichen. **Akzeptable Ersatzbauten sollten sich am Bedarf der Betroffenen orientieren, flächensparend errichtet und großzügig unterstützt werden.** Zusätzliche Flächenversiegelungen müssen soweit wie möglich vermieden werden. Der neuerliche Einbau wassergefährdender Anlagen (z.B. Öltanks) im Überschwemmungsbereich muss unterbunden werden.

Besonders wichtig ist die **bessere Sicherung von öffentlichen Infrastruktureinrichtungen.** Alarm- und Versorgungsleitungen müssen auch bei Katastrophenhochwassern intakt bleiben. Versorgungsleitungen, Straßen, Brücken und Schienenwege müssen möglichst bald und möglichst sicher wiedererrichtet werden. Hier sind die Ingenieurwissenschaften aufgerufen, **neue Modellvorhaben für hochwasserbeständigeres Bauen** umzusetzen.

**Der BUND bietet bei den Neu- und Ersatzplanungen seine konstruktive Mitarbeit an.** Eine Aussetzung von gesetzlich festgelegten Beteiligungsrechten der Öffentlichkeit und anerkannter Umweltverbände lehnen wir jedoch ab. Die Beteiligung dient u. a. der **Qualitätssicherung.** Diese ist unerlässlich, auch wenn Eile geboten ist.

Der Wiederaufbau im Ahrtal muss fachübergreifend und gründlich geplant erfolgen. Der BUND möchte diesen Prozess unterstützen. Deshalb planen wir, in wenigen Wochen ein **interdisziplinäres Fachsymposium** durchzuführen, bei dem die komplexen Fragen des Natur- und Zivilschutzes im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe breit diskutiert werden sollen. Hier wollen wir sowohl die heimische Bevölkerung als auch staatliche Institutionen einbeziehen. Wir schlagen vor, dass ähnliche Symposien im gesamten Land von den zuständigen Ministerien durchgeführt werden – insbesondere in den übrigen gefährdeten Regionen, wie an den kleineren Zuflüssen von Rhein und Mosel. So können mit breiter Unterstützung der Betroffenen neue fachlich fundierte Wege im Klima- und Hochwasserschutz gegangen werden.

Auf Bundesebene erscheint uns flankierend zum Wiederaufbaufond ein **Hochwassergipfel** erforderlich, der noch vor der Bundestagswahl stattfinden sollte – mit dem Ziel, Leitlinien für den sozial und ökologisch verträglichen Wiederaufbau festzulegen.

Das **FFH-Gebiet „Ahrtal“** ist für die Region von besonderer Bedeutung – sowohl für den Naturschutz als auch für die Bewohner\*innen und den Tourismus. Das Hochwasser hat den Zustand des Gebiets deutlich verschlechtert. Als europäisches Schutzgebiet ist seine Wiederherstellung eine nationale und dringliche Aufgabe. Die Zerstörungen im Naturraum sind massiv und dürfen beim Wiederaufbau der Kulturlandschaft als Naturerbe nicht vergessen werden, im Gegenteil: Sie bedürfen der besonderen Berücksichtigung und Sorgfalt! Der BUND leistet gerne seinen Beitrag zur Wiederherstellung. Unsere Ehrenamtlichen stehen mit ihrer fachlichen Kompetenz zur Mitarbeit bereit.

Da die katastrophalen Überflutungen an Mittel- und Unterahr ihren Ursprung hauptsächlich im oberhalb gelegenen Einzugsgebiet der Ahr und ihren vielen Zuflüssen hatten, muss in diesen Bereichen ein besonderes Augenmerk auf eine **naturnahe, an den Hochwasserschutz angepasste Landnutzung** gelegt werden. Intakte Wald- und Wiesenflächen und lebendige Böden sind besonders effektiv bei der Wasserspeicherung. Diese müssen geschützt und möglichst ausgeweitet werden. Eine weitere Umwandlung von Wiesen in Acker- oder Bauland muss ebenso gestoppt werden wie eine weitere Bodenverdichtung oder -versiegelung. Die Bewirtschaftungsmethoden in Weinbau und Landwirtschaft müssen entsprechend angepasst werden.

Allein der geplante Neubau der Autobahn A 1 quer durch das Einzugsgebiet der Ahr würde rund 1 Million Quadratmeter neuversiegelte Fläche bedeuten, auf der Niederschläge weitgehend ungebremst in die Vorfluter fließen würden. **Die Neubau-Planung der A 1 muss deshalb auch aus Hochwasserschutzgründen gestoppt werden.** Die personellen und finanziellen Ressourcen werden außerdem für den Wiederaufbau gebraucht.

Wo immer dies möglich ist, muss im oberen Einzugsgebiet geprüft werden, ob kleine, **naturnahe Regenrückhaltebecken** angelegt werden können. Auch die Ausweitung von Retentionsräumen könnte mithelfen, die Hochwasserspitzen abzufachen. Hier müssen auf unbebauten Flächen, auch in den Siedlungsgebieten, neue Wege gesucht werden, damit die Gewässer mehr Raum bekommen.

**Zusammenfassend bitten wir Sie und Ihre zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene um folgende neue Prioritätensetzung für einen wirksameren Klima- und Hochwasserschutz:**

1. Verstärkung der Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene, die geeignet sind, **die Treibhausgase zu reduzieren**, damit die völkerrechtlich verbindlichen Vorgaben des Pariser Klima-Abkommens erfüllt werden.
2. Deutlich **mehr Mittel für Anpassungsmaßnahmen** für Klima- und Hochwasserschutz (Neben dem Wiederaufbaufonds und für weitere präventive Maßnahmen)
3. Einführung einer **Pflicht für umfassende Elementarversicherungen** um soziale Härten nach einem Hochwasser zu verhindern.
4. **Eine baldige Klärung der Bereiche, die wieder bebaut werden dürfen und der Räume, die als Hochwasserrisikoflächen frei bleiben sollen.** Etwaige Abrisse müssen rechtssicher und bei voller Entschädigung durchgeführt werden, Neubauten sollen flächensparend und mit möglichst wenig Versiegelung erfolgen. Mehrfamilienprojekte sind besonders zu fördern.
5. **Keine weitere Flächenversiegelung im gesamten Einzugsgebiet der Ahr. Auch der Neubau der Autobahn A 1 muss aus Hochwasserschutzgründen gestoppt werden.**
6. **Wirksame Schonung der naturnahen Wald-, Wiesen- und FFH-Flächen und Gewässerrandstreifen.** Behutsame Wiederherstellung des FFH-Gebietes „Ahrtal“ unter Einbeziehung der Naturschutzverbände.
7. **Förderung der schrittweisen Umstellung von Weinbau und Landwirtschaft auf eine naturnahe und hochwassergerechte Bewirtschaftung.** Kostendeckende Entschädigung für die Bereitstellung von Retentionsflächen.
8. **Prüfung von Standorten für kleine, naturnahe Rückhaltebecken** im oberen und mittleren Ahr-Einzugsgebiet mit dem Ziel der Abflachung der Hochwasserspitzen.
9. **Fachübergreifende wissenschaftliche Symposien und Planungsgruppen zur Erarbeitung von Masterplänen** für eine bessere Anpassung der Regionen an die Hochwasserrisiken, insbesondere an den kleineren Zuflüssen von Rhein und Mosel.
10. **Partnerschaftliche Kooperation mit den (zivil-)gesellschaftlichen Kräften** (Gemeinden, Natur- und Umweltverbände, regionale Wirtschaft).

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

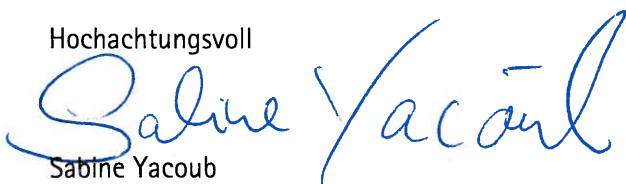
wir bitten Sie, unsere Anregungen aus Rheinland-Pfalz bei Ihren bundesweiten Überlegungen zu berücksichtigen, insbesondere, wenn es darum geht für die Mittel aus dem Wiederaufbaufonds Leitlinien festzulegen, die einen sozial und ökologisch verträglichen Wiederaufbau ermöglichen.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

wir bitten Sie, unsere Anregungen in Ihre Fachministerien und Fachämter weiterzuleiten und zum Gegenstand einer politischen Debatte im Parlament zu machen. Insbesondere freuen wir uns, wenn Sie unser geplantes Hochwasser-Symposium durch entsprechende Fachkompetenz unterstützen und **die Schirmherrschaft** hierfür übernehmen.

Wir sind gespannt auf Ihre Antworten und stehen für weitere Gespräche gerne zur Verfügung.

Hochachtungsvoll



Sabine Yacoub  
Landesvorsitzende